

**Kulturelles Bürgerschaftliches Engagement stärken -
Ehrenamt in der Stadtteilkulturarbeit zukunftsfähig gestalten**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12925

Beschluss des Kulturausschusses vom 11.10.2018 (VB)
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten:

1. Anlass für die Vorlage / Kompetenzen

Bürgerschaftliches Engagement (abgekürzt: BE) hat in Kunst und Kultur eine lange Tradition. Insbesondere in der Stadtteilkulturarbeit ist es die tragende Säule. Knapp 30 ehrenamtlich tätige Trägervereine verantworten Betrieb und Programm der 31 Stadtteilkulturzentren in München, sechs neue Häuser sind derzeit im Bau bzw. in Planung. Die Aufgabe des Kulturreferats, die bürgerschaftlich Aktiven in den Trägervereinen und kulturellen Initiativen zu begleiten, zu unterstützen und zu entlasten, wird sich intensivieren.

Aus diesem Grund besteht zusätzlicher Personalbedarf für eine Stellenausweitung im Umfang von 0,5 VZÄ (E 11) zur Förderung kulturellen Bürgerschaftlichen Engagements in der Abteilung Stadtteilkultur/ Kulturelle Infrastruktur/Stadtteilzentren.

Dabei handelt es sich um eine freiwillige, dauerhafte und bürgernahe Aufgabe. Der Mehrbedarf ergibt sich aufgrund einer quantitativen Aufgabenausweitung, mit der eine inhaltlich/qualitative Veränderung der Aufgabe einher geht.

Ein Anhörungsrecht eines Bezirksausschusses besteht nicht.

2. Stellenbedarf

Bürgerschaftliches Engagement ist für die Stadtteilkulturarbeit konstitutiv. Die ehrenamtlich tätigen Trägervereine sind Arbeitgeber für sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte. Sie verantworten ein Programmangebot, das die Bedürfnisse der Bevölkerung im jeweiligen Viertel berücksichtigt, und unterstützen mit den ihnen überlassenen Räumen das ehrenamtliche Engagement im Stadtteil.

Vor diesem Hintergrund beschloss der Stadtrat am 29.04.2015 die Einrichtung einer halben Stelle „Bürgerschaftliches Engagement“ in E11 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02820) mit insgesamt 19,5 Wochenstunden und folgenden Arbeitsschwerpunkten:

- Konzeption, Umsetzung und Begleitung von Freiwilligenprojekten im Kulturbereich
- Aktive Mitwirkung bei der konzeptionellen Grundsatzarbeit in den Gremien zum BE
- Übernahme von Verwaltungsaufgaben im Zusammenhang
- Vertretung des Kulturreferates bei öffentlichkeitsrelevanten Formaten wie bei der Münchner FreiwilligenMesse und bei „München dankt!“
- Entwicklung von Arbeitshilfen für Kulturakteure, die mit Engagierten zusammenarbeiten wollen.

Damit setzte das Kulturreferat auch das am 23.10.2013 beschlossene, gesamtstädtische „Handlungskonzept zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement“ (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 12249) um und schuf die personelle Ressource für die „geforderte verstärkte Mitwirkung in der konzeptionellen und strategischen Arbeit“, sowohl im Themenfeld als auch in der Praxis.¹

Neben der aktiven Mitwirkung in der AG BE, der AG „München dankt!“ und an der Münchner FreiwilligenMesse, bot vor allem die Berufung in die Begleitgruppe zur „Vereinsumfrage 2017“² – einer quantitativen und qualitativen Befragung der Münchner Vereine – die Chance, Erfahrungen aus dem stadtteilkulturellen Engagement für die strategische Arbeit der Gesamtstädtischen Koordinierungsstelle BE fruchtbar zu machen.

Mit dem „Dialogcafé“ wurde ein Format entwickelt, mit dem das Kulturreferat erstmals ein Freiwilligenprojekt zentral aufsetzte und Engagierte sowie Verantwortliche in den Häusern für ihren Einsatz in verschiedenen stadtteilkulturellen Einrichtungen qualifizierte. Hierfür ausgearbeitete Arbeitsmaterialien wurden auch anderen ehrenamtlichen Akteuren zur Verfügung gestellt.

Seit Stellenantritt ist die Aufgabe des Kulturreferats, die bürgerschaftlich Aktiven in den Trägervereinen und kulturellen Initiativen zu begleiten, zu unterstützen und zu entlasten, weiter angewachsen. Ursache ist ein grundsätzlicher Wandel des Ehrenamts, der mit sich verändernden Lebens- und Arbeitsbedingungen in unserer Gesellschaft zu tun hat: der Übergang vom „alten“ zum „neuen“ Ehrenamt. Die rückgängige Bereitschaft für ein längerfristiges Engagement zeichnet sich auch in den stadtteilkulturellen Trägervereinen ab. Das macht eine Intensivierung der Akquise für die Gewinnung Ehrenamtlicher und eine aktive Begleitung des anstehenden Generationenwechsels in den ehrenamtlich tätigen Vorständen der Stadtteilkulturhäuser erforderlich.

Mit dem vom Kulturreferat entwickelten Verfahren der sogenannten „Vorstandsmoderation“ werden anstehende Generationenwechsel in den Vorständen vorbereitet und beglei-

1 Bürgerschaftliches Engagement. Umsetzung des Handlungskonzepts im Kulturreferat. Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02820, S.2

2 Förderung Bürgerschaftlichen Engagements. Vereinsumfrage – Konzept. Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06686, S.5

tet. Der Wechsel soll als geordneter, zielgerichteter, offener und transparenter Prozess gestaltet werden. Dadurch können auch Personen außerhalb des Vereins für ein künftiges Vorstandsengagement gewonnen werden. Schwerpunkte des Prozesses sind das Change Management, der Wissenstransfer, die Entwicklung einer Willkommenskultur für neue Vorstände bzw. Ehrenamtliche mit dem Ziel der „engagementfreundlichen Organisation“.

Die Vorstandsmoderation ist ein zeitintensiver Prozess. Das Verfahren ist erweiterbar und bietet im Ansatz die Möglichkeit, umfangreiche Organisationsentwicklungsprozesse zu gestalten. Es ist geeignet, auch eine inhaltliche Neuausrichtung – und damit Öffnung – von Vereinen oder Initiativen anzustoßen und zu begleiten oder im Hinblick auf Bauvorhaben neue Trägerschaften zu entwickeln und leistet so einen wesentlichen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit einer lebendigen Stadtteilkulturarbeit in München.

Für dieses zusätzliche Aufgabenfeld der Stelle Bürgerschaftliches Engagement im Kulturreferat ist eine Stellenausweitung im Umfang von 0,5 VZÄ (E 11) nötig.

2.1 Quantitative Aufgabenausweitung – inhaltlich / qualitative Veränderung

Der Auslöser des Mehrbedarfs und für die Ausweitung der Stelle „Bürgerschaftliches Engagement“ ist eine Kombination aus quantitativer Aufgabenintensivierung und qualitativer Aufgabenveränderung. Die Anforderungen an ehrenamtliche Vorstände werden zunehmend komplexer. Aktuell seien in diesem Zusammenhang z.B. die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) oder die Erarbeitung institutioneller Schutzkonzepte genannt. Fachliche Begleitung bei individuellen Problemstellungen, Unterstützung und Beratung unter Einbindung ausgewiesener Experten/-innen sind Maßnahmen, die für die Akteure wirkliche Entlastung bedeuten. So wurde es von vielen Ehrenamtlichen auch in der „Vereinsbefragung 2017“ formuliert. Im Umkehrschluss bedeutet die gelingende Betriebsführung auch eine Entlastung des Zuschussgebers z. B. in der Antragsbearbeitung und -abwicklung.

Mit zusätzlicher Personalkapazität von 19,25 Std. werden die unter 2. genannten Aufgabenschwerpunkte – insbesondere die Begleitung von Trägervereinen und kulturellen Initiativen – intensiviert und um neue ausgeweitet:

- Ausbau des angestoßenen Pilotprojekts zur Qualifizierung von Freiwilligenkoordinatorinnen und -koordinatoren für die Stadtteilkulturarbeit in Kooperation mit FÖBE.
- Unterstützung bei der Implementierung strategischen Freiwilligenmanagements in den stadtteilkulturellen Häusern mit dem Ziel der noch umfassenderen Entwicklung engagementfreundlicher Strukturen
- Entwicklung individueller und passgenauer Angebote, die aktuelle Unterstützungsbedarfe der Ehrenamtlichen in den Trägervereinen und kulturellen Initiativen abdecken, insbesondere im Bereich der Vorstandsarbeit

- Federführung bei der Konzeption einer flexiblen Struktur nach dem Vorbild einer „onestop agency“ („Kulturbüro“), wo die beschriebenen und weitere spezifische Unterstützungs- und Beratungsangebote zur Entlastung der ehrenamtlichen Akteure gebündelt und bei Bedarf als „Gehstruktur“ abrufbar sind.

Beantragt werden außerdem Sachkosten in Höhe von 10.000 Euro. Diese sind erforderlich für Honorare (Moderatoren/-innen, Dozenten/-innen), Fortbildung (der Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen) und Maßnahmen für die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements, Öffentlichkeitsarbeit und weitere Aufgaben. Für die verantwortliche Mitwirkung in der Stadtteilkultur können anteilig finanzielle Mittel aus dem Bereich der Stadtteilkulturförderung eingesetzt werden.

2.1.1 Aktuelle Kapazitäten

Derzeit wird die Aufgabe, für die nun eine Stellenausweitung beantragt wird, mit einer Kapazität von 0,5 VZÄ (E 11) wahrgenommen.

2.1.2 Zusätzlicher Bedarf

Um den gestiegenen quantitativen Anforderungen gerecht zu werden und diese in der gewohnten Qualität zu erreichen, ist eine Stellenausweitung im Umfang von 0,5 VZÄ (E 11) nötig.

2.1.3 Bemessungsgrundlage

BE ist für die Stadtteilkultur konstitutiv. Die professionelle Unterstützung für ein gelingendes Freiwilligenmanagement im Verein, insbesondere auf Ebene der Vorstandsarbeit, ist eine kontinuierliche Aufgabe, die konsequent verfolgt und ausgebaut werden muss.

Ziel ist, die konzeptionelle Arbeit auf gleichbleibendem Niveau fortzusetzen und parallel den operativen Bereich auf Basis der bisher gewonnenen Expertise und aktueller Praxiserhebungen wie z. B. der angesprochenen „Vereinsumfrage 2017“ weiterzuentwickeln. Strategisch-konzeptionelle Planungen benötigen zudem eine Ebene der Praxis, in der weiterhin Modelle und Formate für das kulturelle BE erprobt, evaluiert und verbessert werden können.

Die dauerhafte und qualifizierte Arbeit in diesem Bereich und ihre Verankerung im fachlich-kollegialen Diskurs ist ein maßgeblicher Stabilisierungsfaktor für die Trägervereine und kulturellen Initiativen, deren Zukunftsfähigkeit die stadtteilkulturellen Strukturen maßgeblich beeinflusst.

2.2 Alternativen zur Kapazitätsausweitung

Eine Alternative zur Kapazitätsausweitung besteht nicht. Die von allen Seiten als wichtig erkannte Aufgabe, ehrenamtliche Kräfte für die Kulturarbeit zu gewinnen und vor allem die Nachfolge in den verantwortlichen Vorstandsämtern der Kulturvereine zu sichern, kann ohne Kapazitätsausweitung nicht ausreichend erfüllt werden. Um den Qualitätsverlust zu verhindern, müssen Lösungsansätze entwickelt werden.

Die Abteilung Stadtteilkultur ist aufgrund der Fülle an Aufgaben mit der bestehenden engen Personaldecke nicht in der Lage, durch Priorisierung, Umverteilung oder Geschäfts-prozessoptimierung die unter 2.1 beschriebenen, zusätzlichen Aufgaben zu erledigen. Der Unterstützungsbedarf der ehrenamtlichen Akteure, insbesondere bei Vorstandsmoderationen zur Begleitung des Generationenwechsels bzw. zum Aufbau neuer Trägervereine, ist erheblich.

Für die Förderung und Gestaltung der Stadtteilkultur ist das Kulturreferat dringend auf die Kooperation mit subsidiären Trägern angewiesen. Das Münchner Modell benötigt handlungsfähige Trägervereine, die verantwortungsvoll mit den räumlichen und finanziellen Ressourcen umgehen, die ihnen anvertraut werden. In der von der Stadt in über dreißig Jahren geschaffenen kulturellen Infrastruktur kann sich nur dann stadtteilkulturelles Leben im Sinne der städtischen Ziele und Kriterien entwickeln, wenn der Betrieb durch verantwortungsbereite Trägervereine sichergestellt werden kann.

Es handelt sich um strategisch-konzeptionelle Tätigkeiten; durch die Stellenzuschaltung ist zu erwarten, dass die zurückgehende Bereitschaft in der Bürgerschaft, ein längerfristiges Ehrenamt zu übernehmen, in erheblichem Maße kompensiert werden kann. Erreicht werden soll dies durch die Schaffung von immateriellen Anreizen, wie z. B. Qualifizierungsmaßnahmen.

2.3 Zusätzlicher Büroraumbedarf

Der Arbeitsplatz ist vorhanden, ein zusätzlicher Raumbedarf nicht gegeben.

3. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

3.1 Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten	45.900,-- ab 2019		
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)*	35.500,--		
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)**	10.000,--		
Transferauszahlungen (Zeile 12)			
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)	400,--		
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Zeile 14)			
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente	0,5		

Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerungsumlage, kalkulatorische Kosten) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

* Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.

** ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten

3.2 Messung des nicht monetären Nutzens durch Kennzahlen bzw. Indikatoren

Es ergibt sich folgender Nutzen, der nicht durch Kennzahlen bzw. Indikatoren beziffert werden kann:

- Sicherung des subsidiären Münchner Modells der Stadtteilkultur,
- Stärkung der Vereine,
- Verbessern der Chancen zur Teilhabe,
- Erschließen von Ressourcen für zusätzliche Aufgaben in Kunst und Kultur,
- Anstoßen langfristiger und nachhaltiger Entwicklungen für BE in der Kultur.

3.3 Finanzierung

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

Die zusätzlich benötigten Zahlungsmittel sollen nach positiver Beschlussfassung in den Haushaltsplan 2019 aufgenommen werden.

Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Kulturreferat im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe Liste Nr. 30 der Liste der geplanten Beschlüsse des Kulturreferats.

4. Abstimmungen

Die Stadtkämmerei erhebt keine Einwände gegen die Beschlussvorlage.

Das Personal- und Organisationsreferat hat der Sitzungsvorlage zugestimmt.

Die Auffassung des Personal- und Organisationsreferats, der Beschluss unterliege der Beschlussvollzugskontrolle, da es sich um planerisch/konzeptionelle Aufgaben handelt, teilt das Kulturreferat in diesem Fall nicht, da in den Regelungen zum Vollzug des Haushalts von "Stellen" die Rede ist und es sich hier lediglich um eine Kapazitätsausweitung von 0,5 VZÄ für eine bestehende Daueraufgabe handelt.

Der Korreferent des Kulturreferats, Herr Stadtrat Quaas, und der Verwaltungsbeirat für Kulturelle Stadtentwicklung, Stadtteilkultur, Herr Stadtrat Dr. Roth, haben Kenntnis von der Vorlage.

II. Antrag des Referenten:

1. Mit der Ausweitung der Personalkapazität um 0,5 VZÄ (E 11) und dem Sachmittelbudget zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements besteht Einverständnis.
2. Das Kulturreferat wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 45.900 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019 bei der Stadtkämmerei und dem Personal- und Organisationsreferat (Personal) anzumelden.

Das Kulturreferat wird beauftragt, die Einrichtung einer 0,5 VZÄ Stelle (E 11) sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen. Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 14.200 € (40% des JMB).

Das Produktkostenbudget 36250100 „Kulturreferat – Förderung von Kunst und Kultur“ erhöht sich um 60.100 €, davon sind 45.900 € zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).

3. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss:
nach Antrag.

Über den Beratungsgegenstand entscheidet endgültig die Vollversammlung des Stadtrats.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende:

Der Referent:

Josef Schmid
2. Bürgermeister

Dr. Hans-Georg Küppers
Berufsm. Stadtrat

- IV. Abdruck von I., II. und III.
über D-II-V/SP
an die Stadtkämmerei
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- V. Wv. Kulturreferat (Vollzug)

Zu V. (Vollzug nach Beschlussfassung):

1. Übereinstimmung vorstehender Ausfertigung mit dem Originalbeschluss wird bestätigt.

2. Abdruck von I. mit V.
an StD
an GL-L
an GL-1
an GL-2 (4x)
an Abteilung 2 (3x)
an die Stadtkämmerei HA II/3
an die Stadtkämmerei HA II/12
an das Personal- und Organisationsreferat
mit der Bitte um Kenntnisnahme bzw. weitere Veranlassung.

3. Zum Akt
München, den

Kulturreferat